



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/64

16. März 1951.

Hinweise  
auf den Inhalt:

Wichtige Landtagswahlen vor der Tür	S. 1
Die Sklavenlager der UdSSR	S. 3
Vor 30 Jahren: Volksentscheid in Oberschlesien	S. 5
Perons Würgegriff gegen die Presse	S. 6

## Wahlfrühling 1951

Kl.F.Sch. Der chronologische Zufall bringt es mit sich, dass noch vor Ablauf der ersten "Halbzeit" der Bundestags-Legislaturperiode fast die gesamte Bevölkerung der Bundesrepublik ein zweites Mal an die Wahlurnen getreten sein wird, um über die künftige Gestaltung unserer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu entscheiden; freilich nicht nebeneinander, in einem Wahlgang auf der Bundesebene, sondern nacheinander, um die verschiedenen Landtage in den elf Bundesländern zu erneuern.

In sechs Bundesländern haben seit dem 14. August 1949 Landtagswahlen bereits stattgefunden. Sie gestalteten sich mehr und mehr über ihren lokal gebundenen Zweck hinaus zu Volksabstimmungen über die Innen- und Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik. Bei fünf Ländern steht die Entscheidung noch aus: Niedersachsen (mit dem Wahltermin am 6. Mai), Bremen (mit dem voraussichtlichen Wahltermin am 7. Oktober, der indessen noch nicht ganz feststeht) und die drei Länder der französischen Zone, bei denen der 29. April als Wahltermin vorgesehen war. Hier dürfte allerdings insofern eine Änderung eintreten, als die Landtage eine Verschiebung des Wahltermins beschlossen haben. Das Motiv für diese Massnahmen war die begründete Hoffnung, dass noch im Verlaufe dieses Sommers end-

lich die Volksabstimmung über die Bildung eines Südweststaates erfolgen wird. Unter diesen Aspekten wäre es unzweckmässig, knapp vorher kurzlebige Landtage zu wählen. Da der Aufschub von Landtagswahlen nach Ablauf der vorgesehenen Legislaturperiode verfassungsändernden Charakter hat, muss allerdings in zwei Ländern das Volk darüber befragt werden, ob es diese Massnahmen gutheisst. In beiden Ländern ist der Termin für die Volksabstimmung der 8. April.

Aber selbst wenn die Wahlen im Südwesten zum vorgesehenen Termin ausfallen sollten, würde dies für die Berechnung einer möglichen Verschiebung des politischen Kräftegleichgewichts in der Bundesrepublik kaum ins Gewicht fallen, da sowohl Südbaden wie Südwürttemberg-Behenzollern zu den kleinsten und am wenigsten dicht besiedelten Ländern gehören. Von grösster Bedeutung wird es dagegen sein, ob sich auch in Niedersachsen und in Rheinland-Pfalz die eindeutige Linkstendenz fortsetzt, die in den drei Ländern der amerikanischen Zone zu beobachten war und eine eindrucksvolle Bestätigung in der Bundestagsnachwahl am 11. März in Kassel fand. Sollte dies so kommen, würde damit für ganz Deutschland eine neue politische Konstellation geschaffen, die dann auch die Bundesregierung nicht mehr wie bisher einfach ignorieren könnte.

Unter normalen und stabilisierten Verhältnissen würde niemand auf den Gedanken kommen, örtlich begrenzte Strukturverschiebungen schematisch auf eine grössere Ebene zu übertragen und daraus politische Konsequenzen abzuleiten. Die deutsche Gegenwartssituation ist aber insofern aussergewöhnlich, als die Bundesrepublik heute von Faktoren beeinflusst wird, die im Sommer 1949 in dieser Form von niemandem vorauszusehen waren. Dies betrifft nicht nur den vieldiskutierten deutschen Beitrag zur Verteidigung des Westens, dies betrifft auch ganz besonders den Kurs der Wirtschaftspolitik und seine unvermeidlichen sozialen Auswirkungen. Das Gesetz, nach dem der allzu optimistische Herr Erhard angetreten, hat sich nach Ausbruch des Korea-Konfliktes längst in ein Hirngespinnst verflüchtigt. An der zunehmenden Versteifung der innerpolitischen Fronten trägt nicht die SPD Schuld, sondern der heute regierende Bürgerblock, der sich an verfallende Machtpositionen klammert und bei jeder Entscheidung als einheitliches Ganzes auftreten möchte, um die erstarkende Opposition wenigstens parlamentarisch auszunövrieren. Das Beispiel von Kassel sollte jedoch die Bonner Regierungskreise nachdenklich machen und ihnen zum Bewusstsein bringen, dass sie den gesunden politischen Instinkt der deutschen Wähler unterschätzt haben.

Stalins billigste Arbeiter

Von Bruno Kalnins, Stockholm

Die kommunistische Presse aller Länder hat in den letzten Wochen die neuen und kolossalen Baupläne der Sowjetregierung viel gelobt. Es sollen mehrere grosse Kanäle zwischen der Wolga und dem Don, in Turkmenien, in der Ukraine und auf der Krim, sowie die elektrischen Kraftwerke in Kuibischew und in Stalingrad gebaut werden. Das Wichtigste hat die kommunistische Presse aber verschwiegen: die Kolossalbauten werden, wie einst die Pyramiden der ägyptischen Pharaos, von den Häftlingen der sowjetischen Konzentrationslager errichtet werden. Die offizielle Bekanntmachung der Sowjetregierung sagt nämlich, dass "die Durchführung der Bauarbeiten dem Hydroprojekt des MVD auferlegt ist". Dieses Bauamt ist eine Instanz des Innenministeriums (MVD) und wird vom Ingenieur S. Schuk geleitet. Die Arbeitskräfte stellt die GULAG, die Hauptverwaltung der russischen Konzentrationslager. Wie viele grosse Bauten in den vergangenen Jahren, z.B. der Weissmeer-Kanal, der Moskau-Wolga-Kanal, die Baikal-Amur-Eisenbahnlinie (BAM) usw., werden auch die neuen Baupläne von den Sklavenarbeitern des Sowjetstaates geschaffen werden.

Der GULAG sind mehr als 100 grosse Lager unterstellt. Sie werden verkürzt Lag genannt und diese Bezeichnung wird dann mit dem verkürzten Ortsnamen zusammengestellt. Es gibt also Sibl<sup>l</sup>ag, Kar<sup>l</sup>ag, Sevur<sup>l</sup>ag u.a. Jedes Lager ist in eine grössere Zahl von Lag<sup>l</sup>-Punkten mit ungefähr je 1.000 Häftlingen gegliedert. Die Lager sind auf grosse Gebiete verteilt und umfassen durchschnittlich etwa 100.000 bis 150.000 Häftlinge. Die relativ leichtesten Lebensbedingungen bestehen in den mittel- und südrussischen Lagern. Dorthin werden nur Häftlinge gesandt, die nicht mehr als fünf Jahre abzubüssen haben. Die meisten Lager befinden sich aber im Norden des europäischen Russlands, in Sibirien, im Fernen Osten und in den Wüsten Mittelasiens. Hier sind die Verhältnisse allein schon klimatisch bedeutend schwerer. Dann gibt es noch die sogenannten Straflager, die im arktischen Gebiet liegen und von den Häftlingen als "Todeslager" betrachtet werden. Diese sind völlig von der Aussenwelt isoliert. Die grössten Lager sind zur Zeit

diejenigen im Gebiete von Archangelsk, Vorkuta (Nordural), Karaganda (Mittelasien) und Kolyma-Magadan (Ferner Osten).

Offiziell gibt es in den Lagern den Acht-Stunden-Tag, aber faktisch werden die Arbeiten stets für "dringend" erklärt und dann arbeitet man 11-12 Stunden täglich. Die Häftlinge sollen 60 Rubel als Monatslohn erhalten, das ist ein Zehntel des üblichen Arbeiterlohnes. Davon werden aber noch die Ausgaben für die Verpflegung abgezogen. Die Häftlinge, die ihre tägliche Arbeitsnorm erfüllen, bekommen 2.000 Kalorien, was für die schwere physische Arbeit nicht ausreicht. Wer nicht hungern will, muss die Arbeitsleistung erhöhen. Dann kann man bei 125% der Arbeitsnorm auf 2.600 und bei 150% auf 3.200 Kalorien kommen. Wer die Norm nicht erfüllt, erhält bei 80% Leistung nur 1.600 und bei 60% Leistung nur 1.200 Kalorien! In den Lagern wird viel betrogen: die meisten Arbeitsleiter, Lagerbeamten usw. sind Kriminalverbrecher, die leicht zu bestechen sind.

Die sowjetischen Konzentrationslager, oder, wie sie offiziell genannt werden, die "Korrektionsarbeitslager", spielen im Wirtschaftsleben der Sowjetunion eine bedeutende Rolle. Die Lager der GULAG haben 1941 34.7 Millionen Kubikmeter Waldmaterial oder 12% der gesamten Produktion geliefert. In bezug auf die Neubauten hat das Innenministerium alle anderen Ressorts übertroffen: es führte 1941 mit den Sklavenarbeitern Bauten im Werte von 6.8 Milliarden Rubel (1 Rubel gleich 1 schweiz. Franken) aus, das sind 20% aller Bauten der Sowjetunion. Gold und einige andere farbige Metalle werden fast ausschliesslich von Häftlingsarbeit gewonnen. Die Kohlengruben in den Gebieten von Vorkuta und Chabarowsk werden von den Lagern der GULAG bearbeitet. Unter solchen Verhältnissen kann man verstehen, dass die Chefs der Lager im Sowjetstaate wichtige Personen sind, die teilweise direkt Stalin selbst ihre Rapporte abzugeben haben. Einige von ihnen haben die höchsten sowjetischen Orden erhalten und sind zu Abgeordneten des Obersten Rates gewählt worden.

Alle Fünfjahrpläne rechnen mit einer bestimmten, vorher festgelegten Zahl von Häftlingen, die zur Durchführung des Planes notwendig sind. Diese im Plane festgelegte Zahl muss die Polizei liefern, d.h. verhaften, verurteilen und in die Lager entsenden. Die MGB und die MVD, die beiden Polizeiministerien der Sowjetunion,

müssen also laufend die gewaltigen Massen von Zwangsarbeitern finden und die befreiten oder verstorbenen Häftlinge ersetzen. Daher sind die auf Grund des berüchtigten Paragraphen 58 für antisowjetische Agitation und Sabotage verurteilten Sowjetbürger meistens Leute, die einige kritische Äusserungen geleistet, also eigentlich nichts verbrochen haben.

Natürlich hat die kommunistische Diktatur auch politische Gründe für die Beibehaltung des Systems der Sklavenarbeit. Die Völker der Sowjetunion müssen in ewiger Furcht vor der Verhaftung und Verbannung in die Schreckenslager leben. Das zwingt die Massen zum ängstlichen Gehorsam vor Stalin und dem Politbüro.

+ + +

Vor 30 Jahren Abstimmung in Oberschlesien  
-----

H. Ein in der Geschichte des deutschen Ostens denkwürdiger Jahrestag ist der 20. März: vor 30 Jahren fand an diesem Tage die Abstimmung in Oberschlesien statt. Während die ehemalige Provinz Posen und ein Teil Westpreussens bzw. Pommerellens ohne Rücksicht auf die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung von Deutschland abgetrennt wurden, sollte über das wegen seiner hochentwickelten Industrie und seiner Naturschätze stark umstrittene Gebiet Oberschlesien laut Versailler Vertrag durch Befragung des Volkes entschieden werden.

Noch bevor es dazu kam, inszenierte Polen zwei Aufstände, bei denen die Bevölkerung einem starken Druck ausgesetzt wurde. Dass sich trotzdem bei der unter alliierter Kontrolle durchgeführten Abstimmung 60% der Bevölkerung für ein Verbleiben bei dem damals arg zerrütteten und unter einer ungeheuren Reparationslast ächzenden Deutschland entschieden, bewies den deutschen Charakter des grössten Teiles dieses Gebietes. Als man aber auf Grund der Abstimmung die Grenzen zog, wurde Deutschland stark benachteiligt: fast 60% der oberschlesischen Kohlenvorräte, sämtliche Eisenerzgruben und über 80% der Zink- und Bleierzgruben fielen an Polen. Besonders schmerzlich empfunden wurde, dass Kattowitz, das bei der Abstimmung eine einwandfreie deutsche Mehrheit aufwies, Polen einverleibt wurde. Insgesamt standen in dem Teilgebiet Oberschlesiens, das an Polen

abgetreten wurde, 284.052 polnische Stimmen 225.421 deutschen gegenüber.

Die nationalistischen Strömungen Polens wollten den Volksentscheid nicht respektieren. Unter Führung von Wojciech Korfanty brach im Mai 1921 ein dritter polnischer Aufstand in Oberschlesien aus mit dem Ziel, ganz Oberschlesien zu besetzen. Die damals noch tätige alliierte Abstimmungskommission konnte oder wollte diesem Terror keinen Einhalt gebieten. Erst als sich den polnischen Aufständischen schnell zusammengestellte, deutsche Freiwilligenverbände entgegenstellten, wurde dem Abstimmungsergebnis Geltung verschafft.

Dabei blieb es und die Grenze erwies sich in den folgenden fast zwei Jahrzehnten deutsch-polnischer Nachbarschaft im allgemeinen als durchaus stabil. Wie unfassbar erscheint angesichts dieser demokratischen Entscheidung vor 30 Jahren in Oberschlesien die gewaltsame Abtrennung der rein deutschen Ostgebiete nach dem zweiten Weltkrieg . . .

+ + +

#### Perons Feldzug gegen die Presse

P.E. An denselben Tagen, da die Drucker und Redakteure des vorletzten unabhängigen Hauptstadtblattes in Argentinien, der "Prensa", vergeblich versuchten, den Mob der mit Knüppeln und Revolvern bewaffneten Zeitungsaussträger zu durchbrechen, um ihre Zeitung wieder zu drucken, protestierte das Komitee der Internationalen Sozialistischen Konferenz auf seiner Tagung in London in scharfen Worten gegen die Unterdrückung der letzten Reste der Pressefreiheit in Argentinien. Was Peron plant, hat er vor einem Jahre ausgesprochen. "Eine Tolerierung der Presse muss vorläufig noch in kleinen Dosen ertragen werden, aber einmal muss Schluss damit gemacht werden, jedoch nicht gewalttätig, sondern durch ein Anziehen der Schrauben von Tag zu Tag".

Peron zieht nun schon über drei Jahre die Schraube an. Das erste Opfer war das sozialistische Zentralorgan "Vanguardia" (Die Wacht). Schon am 27. August 1947 schlossen Beamte des Magistrats von Buenos Aires das Druckereigebäude der Vanguardia, bis heute wurde es noch nicht freigegeben. Ein Jahr später, im Oktober 1948 wurde mit der Begründung, Devisen zu sparen, den Zeitungen verboten mit mehr als 16 (zeitweise 12) Seiten täglich zu erscheinen, eine Massnahme, die sich ausschliesslich gegen die unabhängigen Hauptstadtblätter, "La Prensa", "La Nacion" und "La Critica" richtete. Die

Aktionäre der liberalen Critica verstanden den Wink, sie verkauften ihre Aktien an peronistische Kreise, seitdem ist die Critica ein peronistisches Organ. Wieder ein Jahr später, im Dezember 1949 folgte der dritte Schlag gegen die unabhängige Presse.

Die Bücher aller nichtperonistischen Zeitungen wurden geschlossen, um zu "überprüfen", wie weit ausländische Gelder im Wahlkampf um Peron entgegengenommen worden seien. Ein rundes Dutzend der unabhängigen Zeitungen fiel diesen Methoden zum Opfer. Der grösste Freiheitsheld Argentiniens, der Befreier vom spanischen Joch, General San Martín, musste seinen Namen für die nächste Hintertätigkeit Perons hergeben. So spät, dass die Provinzzeitungen nicht rechtzeitig davon in Kenntnis gesetzt werden konnten, verfügte der Diktator, dass ab ersten Januar und das ganze Jahr 1950 hindurch alle Zeitungen hinter der Jahreszahl einzufügen hätten "Jahr des Befreiers San Martín". Dieses Jahr des Befreiers kostete 80 Zeitungen das Leben, denn sie wurden rücksichtslos für drei und vier Monate verboten, weil sie in Unkenntnis der Anordnung nicht am ersten Januar schon diese Bezeichnung geführt hatten.

Unablässig dreht Peron die Schraube . . . Die Unabhängigkeit der Gewerkschaften wurde beseitigt, die Freiheit der politischen Kritik erledigt, die Unabsetzbarkeit der Richter aufgehoben und die Presse dezimiert. Als letztes nichtperonistisches Blatt der Hauptstadt erscheint noch die "Nacion". Man darf gespannt sein, wann und unter welchen Vorwänden sie besetzt oder "am Erscheinen verhindert" wird. Sicher ist nur, dass Peron bis zu seinem Wahlkampf um die Erneuerung seiner Präsidentschaft im Jahre 1952 eine einheitliche leichgeschaltete Presse schaffen wird.

+ + +

Was ist ein "Multifunktionär"?

Das Musterbeispiel eines Multifunktionärs gibt der Kreissekretär des Kulturbundes Bruno Peter aus dem Kreis Dippoldiswalde ab. Er hat nicht weniger als 19 Funktionen, darunter fünf in der Nationalen Front, zwei in der Gesellschaft, drei in der Gewerkschaft, eine in der Volkssolidarität".

("Sächsische Zeitung")

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt